

Antragsteller_innen:
Landesvorstand

Antrag:
Demokratie leben |
Demokratie gestalten II

D2

1

2 *Joachim Gauck:*

3 „Euer Hass ist unser Ansporn. Wir lassen unser Land nicht im Stich. Wir schenken Euch auch nicht
4 unsere Angst. Ihr werdet Vergangenheit sein und unsere Demokratie wird leben.“¹

5

6 Antrag:

7

8 **Demokratie ist nicht selbstverständlich**

9 Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit sind keine Selbstverständlichkeiten. Das gilt auch in einem Land
10 wie Deutschland, das nach einer langen und teilweise schrecklichen Geschichte zu einer stabilen, aber
11 auch entwicklungsfähigen demokratischen Ordnung gefunden hat. Vielmehr müssen Demokratie,
12 Freiheit und Gerechtigkeit stets aufs Neue gegen antidemokratische Tendenzen erkämpft und verteidigt
13 werden. Das Zitat von Joachim Gauck macht deutlich: Es gibt Gefahren für die Demokratie, und wir alle
14 sind aufgerufen, den Gegner_innen unserer demokratischen Werte entschieden entgegen zu treten.
15 Diesem Aufruf fühlen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in besonderer Weise verpflichtet.

16 Auch in Mecklenburg-Vorpommern sind Gefahren für die Demokratie unübersehbar. Der Anstieg von
17 Straftaten mit neonazistischem Hintergrund, verfestigte Strukturen einer mit den sogenannten "freien
18 Kameradschaften" stark vernetzten NPD, die in einigen Landesteilen zweistellige Wahlergebnisse
19 erzielt, rechte Internet-Plattformen und Szene-Läden, ein Internet-Vertrieb für Neonazis, der von einem
20 Mitglied des Landtags betrieben wird, Bäuer_innen, die sich in die Tradition der Artamanen² einordnen:
21 All das sind Indizien für eine erhebliche Akzeptanz neonazistischer Einstellungen in Mecklenburg-
22 Vorpommern.

23 Studien über rechtsextreme Einstellungen sehen starke Zusammenhänge einer solchen Akzeptanz von
24 rechten Ideologien und Aktivitäten mit gefühlter und tatsächlicher politischer Ohnmacht, fehlender
25 sozialer Akzeptanz sowie einem eingeschränkten Zugang zu Bildung bei Menschen vor allem in
26 strukturschwachen Regionen. Eine nachhaltige Strategie gegen Neonazismus muss diese
27 Zusammenhänge zur Kenntnis nehmen und konsequent politische und soziale Emanzipation, einen
28 gerechten Zugang zu Bildung und Kultur sowie ein glaubwürdiges Eintreten für demokratische und
29 gesellschaftliche Teilhabe miteinander verbinden.

30 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen eine Kombination von kurzfristigen und langfristigen**
31 **Maßnahmen vor, um antidemokratischen, chauvinistischen, rassistischen und antisemitischen**
32 **Einstellungen dauerhaft den Boden zu entziehen. Zu diesen Maßnahmen gehören:**

- 33
- 34 • **Förderung der demokratischen Kultur und Teilhabe**
 - 35 • **Förderung der pädagogischen Gedenkstättenarbeit**
 - 36 • **Umsetzung eines inklusiven Schulsystems und ein gerechter Zugang zu Bildung**
 - 37 • **Erhalt und Ausbau der kulturellen und soziokulturellen Infrastruktur**
 - **Aufhebung struktureller Ausgrenzung.**

¹ Gauck, Joachim: Antrittsrede als Bundespräsident. 18.03.2012

² eine deutschnationale, vor allem polenfeindliche Siedlungsbewegung aus den 20er Jahren, der führende Nazis wie Heinrich Himmler angehörten

38 **Die Demokratie muss aktiv verteidigt und überzeugend weiterentwickelt werden. Das Mittel**
39 **gegen Neonazis ist mehr, nicht weniger Demokratie. BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN laden alle**
40 **Demokrat_innen im Lande ein, Wege dazu zu diskutieren und umzusetzen. Demokratische Kultur**
41 **vor Ort fördern**

42 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich vor Ort für mehr demokratische Teilhabe auf allen Ebenen ein. In
43 den Gemeinden soll die demokratische Teilhabe durch Einwohner_innenversammlungen,
44 Bürger_innenhaushalte und Bürger_innenentscheide gestärkt werden. In Schulen und Vereinen müssen
45 Kindern und Jugendlichen mehr reale Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Dazu gehört auch
46 eine offene Arbeitsweise in den kommunalen Gremien, die die konstruktiven Anregungen der Bürger_innen
47 im Sinne einer 'Politik des Gehörtwerdens' aufgreift. Die Regionalzentren für demokratische Kultur
48 müssen in ihrer Aufgabe gestärkt und unterstützt werden regionale Initiativen anzuregen und zu
49 vernetzen, Informationen und Projektideen zu verbreiten und die Umsetzung dieser Ideen zu
50 unterstützen.

51 **Eine lebendige Kultur des Erinnerns fördern**

52 Die Gedenkstätten im Lande leisten mit ihrer pädagogischen Arbeit einen wertvollen Beitrag zum
53 Erkennen der Gefahren undemokratischer Verhältnisse und zur Wertschätzung der Demokratie.

54 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Förderung der pädagogischen Gedenkstättenarbeit im Land,
55 insbesondere eine verbesserte personelle und sachliche Ausstattung der Gedenkstätten für diese Arbeit
56 und für die Vernetzung mit Schulen und Hochschulen. Weiterhin befürworten wir die Einrichtung von
57 zusätzlichen Personalstellen für Gedenkstättenlehrer_innen. Sie sollen in ihrer Arbeitszeit den
58 Gedenkstätten für die Erstellung pädagogischer Konzepte und deren Umsetzung sowie für die Beratung
59 der Schulen bei der Einbindung der Gedenkstättenbesuche in den Unterricht zur Verfügung stehen.

60 **Bildung + Kultur = Demokratiebildung**

61 Eine der wichtigsten Ursachen sozialer Unterscheidung und Ausgrenzung ist nach wie vor fehlende
62 Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher verstärkte
63 Anstrengungen der Landesregierung zur Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems und für einen
64 gerechten Zugang zu Bildung. In unserem Bildungsprogramm haben wir einen pragmatischen Weg zu
65 einer 'Schule für alle' beschrieben. Dafür werden wir weiterhin werben. Zudem muss konsequent darauf
66 hingewirkt werden, dass die Zahl der Schulabgänger_innen ohne qualifizierten Abschluss reduziert und
67 Jugendliche ohne Schulabschluss für den Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe qualifiziert
68 werden.

69 *Kultur ist ein Lebensmittel, das auch Menschen im ländlichen Raum und in prekären*
70 *Lebensverhältnissen zugänglich gemacht werden muss. Wir fordern deshalb, dass zusätzlich zu einem*
71 *Kulturentwicklungsplan auf Landesebene die Erstellung von Kulturentwicklungsplänen in Landkreisen*
72 *und kreisfreien Städten gefördert wird. Sie sollen alle Bereiche von Kultur und Soziokultur umfassen.*
73 *Die finanzielle Förderung von Kultur und Soziokultur muss langfristig und dynamisch, d.h. unter*
74 *Berücksichtigung von Kostensteigerungen gesichert werden.*

75 **Strukturelle Ausgrenzung beenden**

76 Finanzielle Armut und Erwerbslosigkeit führen zu struktureller Ausgrenzung ganzer Familien. Ein
77 existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn, die Anhebung der Hartz-IV-Sätze auf ein existenz- und
78 teilhabesicherndes Niveau, die Einstellung von Sanktionen gegen Erwerbslose und eine individualisierte
79 Förderung und Unterstützung von Erwerbsuchenden würden der Vereinzelung und Perspektivlosigkeit
80 entgegenwirken. Zudem wollen wir alternative Modelle der Grundsicherung - wie das bedingungslose
81 Grundeinkommen - diskutieren und weiterentwickeln.

82 Ausgrenzende Sondergesetze für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge wie das
83 Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht und die Regelunterbringung in Lagern sind ein
84 Ausdruck staatlicher Ungleichbehandlung und ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Sie bestätigen
85 Vorurteile und rechtsextremes Gedankengut über die Ungleichheit der Menschen. Sie gehören
86 abgeschafft.

87

88 **Neonazis entschieden entgegentreten**

89 Udemokratischen Argumenten, Strategien und Taten muss mit allen Mitteln entgegentreten
90 werden, über die der demokratische Rechtsstaat und die demokratische Öffentlichkeit verfügen.

91 Dazu gehört auch ein Verbot der NPD, deren aktiver und aggressiver Einsatz gegen die demokratische
92 Verfassung unseres Landes immer deutlicher wird. Wir unterstützen deshalb die Bestrebungen, ein
93 Verbotsverfahren gegen die NPD in Gang zu setzen.

94 Wir sprechen zugleich die Überzeugung aus, dass ein Verbot der NPD kein ausreichendes Mittel ist, um
95 die neofaschistische Bewegung in Land und Bund nachhaltig zu schwächen. Die bislang
96 ausgesprochenen Verbote gegen neofaschistische Organisationen zeigen, dass es den Neonazis immer
97 wieder gelungen ist, sich neu und kaum weniger wirkungsvoll aufzustellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
98 werden deshalb weiterhin gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien, Organisationen der
99 Zivilgesellschaft und engagierten Einzelpersonen Wege diskutieren und beschreiten, um
100 antidemokratischen, chauvinistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellungen dauerhaft den
101 Boden zu entziehen.